

„Tod der IDF“: Ein Aufruf zur Auflösung und Verantwortung für Verbrechen in Gaza

Am Samstag, den 28. Juni 2025, leitete das Punk-Duo Bob Vylan während ihres Auftritts auf dem Glastonbury Festival Sprechchöre mit „Tod der IDF“ an. Der Sprechchor stieß auf breite Verurteilung von pro-israelischen Politikern und Lobbygruppen, die ihn als Aufruf zur Gewalt bezeichneten. Diese Interpretation verdreht jedoch die Absicht des Sprechchors. Dieser Essay argumentiert, dass der Sprechchor als legitimer und moralisch dringender Aufruf zur Auflösung der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) als Institution und zur Rechenschaftspflicht von Einzelpersonen verstanden werden sollte, die für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Handlungen verantwortlich sind, die als Völkermord gewertet werden könnten, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht.

Umfang und Art der Gräueltaten

Das Ausmaß der Zerstörung und der Verluste an Menschenleben in Gaza seit dem 7. Oktober 2023 ist enorm. Das Gesundheitsministerium von Gaza meldet über 62.000 bestätigte direkte Todesfälle, während umfassendere Schätzungen eine Gesamtzahl von fast 500.000 Opfern annehmen, wenn man indirekte Todesfälle durch Hungersnot, den Zusammenbruch des Gesundheitswesens und nicht erfasste Personen berücksichtigt, die möglicherweise unter den Trümmern begraben sind. Eine Studie von *Lancet* aus dem Jahr 2024 prognostizierte bis zu 186.000 indirekte Todesfälle, und Untersuchungen von Harvard wiesen auf 377.000 vermisste Personen hin. Israelische politische Erklärungen, die Pläne zur Umsiedlung von 1,8 Millionen der 2,3 Millionen Vorkriegsbewohner Gazas erwähnen, deuten auf eine drastische Bevölkerungsreduktion hin. Satellitendaten (Statista, Juni 2025) zeigen, dass 70 % der Gebäude beschädigt oder zerstört sind, 75 % unbewohnbar sind und die Hälfte in Schutt und Asche liegt. Die Zerstörung der Infrastruktur – einschließlich Krankenhäusern, Wasseranlagen und Abwassersystemen – in Kombination mit der Verstümmelung von 25.000 Personen, viele davon Kinder, erfüllt mehrere Kriterien der Völkermordkonvention: Massentötungen, Zufügung schwerer Schäden, Zerstörung grundlegender Lebensbedingungen, Verhinderung von Geburten durch Umwelt- und Gesundheitskollaps sowie erzwungene Vertreibung.

Diese Ergebnisse sind das Resultat bewusster Politiken der israelischen Regierung. Premierminister Netanjahu hat die militärischen Operationen überwacht; Finanzminister Smotrich hat humanitäre Hilfe behindert; Verteidigungsminister Gallant leitete die Belagerung der „menschlichen Tiere“ ein; und Außenminister Katz unterstützte verheerende Maßnahmen. Die IDF hat nicht nur Befehle ausgeführt, sondern ihre Taten gefeiert. Untersuchungen von *Haaretz* und *Fathom* deckten psychologische Operationsabteilungen der IDF auf, die grafische Inhalte von palästinensischen Opfern mit dehumanisierenden Untertiteln über inoffizielle Kanäle verbreiteten. Diese Handlungen spiegeln kein isoliertes Fehlverhalten wider, sondern eine systematische Kultur der Straffreiheit und Gewalt.

Interpretation des Sprechchors: Ein politischer und rechtlicher Aufruf

Der Sprechchor „Tod der IDF“, der von einer großen Menge in Glastonbury wiederholt wurde, ist kein wörtlicher Aufruf zur Gewalt gegen einzelne Soldaten. Vielmehr drückt er die Forderung nach der Auflösung einer Institution aus, die systematisch an Verhaltensweisen beteiligt ist, die das humanitäre Völkerrecht verletzen. Diese Interpretation steht im Einklang mit historischen Präzedenzfällen, wie der Entscheidung der Alliierten, die nazistische Wehrmacht nach dem Zweiten Weltkrieg aufzulösen.

Aufrufe zur Auflösung von Armeen, die in Massengräueltaten verwickelt sind, sind nicht neu. Dieser Sprechchor symbolisiert die moralische und rechtliche Notwendigkeit, die Einsatzfähigkeit der IDF zu beenden und diejenigen Einzelpersonen zur Rechenschaft zu ziehen, die individuell für Verstöße verantwortlich sind – einschließlich militärischer Befehlshaber, politischer Führer und Soldaten, die an unrechtmäßigen Handlungen teilgenommen oder diese ermöglicht haben. Er spiegelt eine symbolische und politische Ablehnung einer militärischen Kraft wider, die in ihrer derzeitigen Form außerhalb der Grenzen von Recht und Menschlichkeit operiert.

Rechtlicher Kontext: Besatzung, keine Kriegsführung

Artikel 51 der UN-Charta erlaubt Selbstverteidigung als Reaktion auf bewaffnete Angriffe von Staaten, eine Bestimmung, die hier nicht anwendbar ist. Gaza wird weder von Israel noch von der Mehrheit der internationalen Gemeinschaft als souveräner Staat anerkannt, und Hamas gilt als nichtstaatlicher Akteur. Nach dem Völkerrecht bleibt Israel die Besatzungsmacht in Gaza, gebunden an die Vierte Genfer Konvention (1949), die den Einsatz militärischer Gewalt gegen die besetzte Bevölkerung einschränkt.

Militärische Aktionen wie Belagerungen, Bombardierungen und die Zielsetzung auf zivile Infrastruktur fallen außerhalb des Rahmens legitimer Polizeiarbeit gemäß Artikel 27 der Konvention. Das Ausmaß der Reaktion – geschätzte 500.000 Todesfälle in Gaza im Vergleich zu 1.200 israelischen Opfern am 7. Oktober 2023 – zeigt eine grob unverhältnismäßige und unrechtmäßige Anwendung von Gewalt. Dieser Kontext verstärkt die Behauptung, dass Israels Verhalten nicht die rechtliche Schwelle für Selbstverteidigung erfüllt, sondern vielmehr eine illegale Besatzung und potenzielle Völkermordhandlungen darstellt.

Historischer Präzedenzfall: Nürnberg und individuelle Verantwortung

Die Nürnberger Prozesse stellten fest, dass das Befolgen von Befehlen Einzelpersonen nicht von der Verantwortung für Kriegsverbrechen oder Völkermord entbindet. Die Londoner Charta und das Nürnberger Prinzip IV bestätigen die Verpflichtung, unrechtmäßige Befehle zu verweigern. Diese Prinzipien bilden die Grundlage für militärische Verhaltenskodizes weltweit, einschließlich des ethischen Rahmens der IDF, der von Soldaten verlangt, unrechtmäßige Befehle zu verweigern.

Dokumente, die vom internationalen Juristen Itay Epshtain verbreitet wurden, zeigen, dass israelische Gesetzgeber die Zerstörung ziviler Infrastruktur und die Verweigerung lebensnotwendiger Güter angeordnet haben, Direktiven, die eindeutig illegal sind. Die Ausführung solcher Politiken durch die IDF – gepaart mit Prahlerei und feierlicher Rhetorik in so-

zialen Medien – zeigt eine willige und wissentliche Beteiligung. Diese Handlungen ähneln den Arten von Straftaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgt wurden, und unterstreichen die Notwendigkeit individueller Rechenschaftspflicht.

Der moralische Imperativ zur Auflösung

Trotz der vorläufigen Maßnahmen, die der Internationale Gerichtshof im Januar 2024 erlassen hat, und der laufenden Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshofs haben internationale Mechanismen bisher nicht verhindern können, dass massenhaftes Leid geschieht. Die geschätzte Zahl der Todesopfer und die Zerstörung in Gaza erfordern entschlossenes Handeln: die Auflösung der IDF in ihrer derzeitigen Form und die Strafverfolgung von Individuen auf allen Ebenen, die Verbrechen begangen oder ermöglicht haben.

Dies ist kein Aufruf zur Rache, sondern zur Gerechtigkeit. Die Auflösung einer Institution, die Kriegsverbrechen ermöglicht, würde die internationale Rechtsordnung stärken und zukünftige Gräueltaten abschrecken. Die interne Kultur der IDF – wie durch öffentliche Feiern der Zerstörung belegt – unterstreicht die Dringlichkeit der institutionellen Auflösung und Neugründung unter rechtmäßigen und ethischen Normen.

Umgang mit Heuchelei in rhetorischen Standards

Den Glastonbury-Sprechchor als Aufstachelung zu bezeichnen, während weitaus explizitere Hassreden von israelischen Beamten und Bürgern toleriert werden, legt einen doppelten Standard offen. Seit mindestens 2021 skandierten bei den Märschen zum Jerusalem-Tag Menschenmengen, einschließlich Regierungsfiguren wie Itamar Ben Gvir, „Tod den Arabern“, ein Slogan, der von physischen Angriffen auf Palästinenser begleitet wird. Diese Ausdrücke ethnischen Hasses sind im israelischen öffentlichen Diskurs weitgehend normalisiert.

Im Gegensatz dazu zielt der Glastonbury-Sprechchor auf eine militärische Institution, nicht auf eine ethnische oder religiöse Gruppe, und fordert deren Auflösung aufgrund ihrer Beteiligung an Massengräueltaten. Dies mit Aufstachelung zur Gewalt gleichzusetzen, bedeutet, seinen Inhalt und seine Absicht falsch darzustellen, während offenere und gefährlichere Rhetorik, die anderswo toleriert wird, ignoriert wird.

Vorwegnahme von Gegenargumenten

Einige mögen argumentieren, dass Israels Handlungen defensive Reaktionen auf Hamas-Angriffe sind. Nach dem Völkerrecht haben Besatzungsmächte jedoch nicht das Recht, sich auf Selbstverteidigung in derselben Weise zu berufen wie souveräne Staaten. Die unverhältnismäßige Wirkung, die Zielsetzung auf Zivilisten und die dokumentierte Feier von Gewalt widerlegen Behauptungen legitimer Verteidigung.

Andere könnten vor politischer Instabilität warnen, die aus der Auflösung der IDF resultieren könnte. Die Geschichte zeigt jedoch, dass die Toleranz von Straffreiheit zu tieferer Instabilität und weiteren Gräueltaten führt. Wie bei der verzögerten Reaktion der Alliierten auf den Holocaust wird Untätigkeit angesichts eines Völkermords zu einem moralischen und historischen Versagen.

Schlussfolgerung

Die Ereignisse in Gaza stellen eine der schwerwiegendsten humanitären und rechtlichen Krisen des 21. Jahrhunderts dar. Mit geschätzten 500.000 Todesfällen haben die Operationen der IDF – autorisiert von Führern wie Netanjahu, Smotrich, Gallant und Katz – die Schwelle zu systematischen Gräueltaten überschritten. Der Sprechchor „Tod der IDF“ muss nicht als Aufruf zur Gewalt, sondern als politischer und rechtlicher Aufruf zur Auflösung einer militärischen Institution verstanden werden, die in Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord verwickelt ist.

Die internationale Gemeinschaft muss entschlossen handeln: die IDF in ihrer derzeitigen Form auflösen und alle Einzelpersonen, von Kommandeuren bis zu politischen Führern, mit nachweisbarer Verantwortung für diese Verbrechen zur Rechenschaft ziehen. Dies wird das Prinzip bekräftigen, dass keine militärische Kraft straffrei handeln kann, und das Vermächtnis von Nürnberg aufrechterhalten, wo Gerechtigkeit nicht durch Schweigen, sondern durch Verantwortung obsiegte.